

Inhalte der Klausurtagung der CDU-Fraktion am 16./17.03.2019

Die CDU-Fraktion hat sich am vergangenen Wochenende (16./17.03.2019) gemeinsam mit dem Vorsitzenden des CDU-Stadtverbandes Philipp Kraft zu einer zweitägigen Klausurtagung in Straelen zusammengefunden und die aus Sicht der CDU notwendigen weiteren Verfahrensschritte zur Realisierung laufender Projekte beraten.

Bereits bei der Verabschiedung des Haushalts 2019 haben wir das Jahr 2019 als das „Jahr des Anpackens“ erklärt. Wir legen Wert darauf, dass in allen laufenden Projekten noch in diesem Jahr erkennbare und messbare Fortschritte erzielt werden.

Zu den Schwerpunktthemen unserer Beratungen:

Wohnraum schaffen

Die CDU-Fraktion hat mehrfach erklärt, dass die Schaffung von Wohnraum eine der Kernaufgaben der CDU bleiben wird.

Auf Anregung der CDU-Fraktion ist bereits in der letzten Fachausschusssitzung beschlossen worden, von einer bisher üblichen kleinteiligen Flächennutzungsplanung abzusehen und eine Überplanung auf sämtliche in der Regionalplanung vorgesehenen künftigen Siedlungsflächen auszudehnen. Uns ist bewusst, dass ein solcher Schritt einerseits zu Verkaufsspekulationen seitens der Eigentümer führen kann, andererseits eröffnet eine frühzeitige Änderung der Flächennutzung aber die Möglichkeit, von gesetzlichen Vorkaufsrechten Gebrauch machen zu können. Eine großflächige Flächennutzungsplanung bietet darüber hinaus die Chance, frühzeitig übergreifende Straßenbaumaßnahmen in die Planung einzubeziehen.

Nur über eine Überplanung des gesamten für Siedlungszwecke vorgesehenen Bereichs im Kempener Westen lässt sich eine durchgehende Straßenverbindung vom nördlichen zum südlichen Außenring begründen.

Die CDU hält an einer solchen Straßenverbindung zur Entlastung der bestehenden Straßen fest.

Wir werden die Verwaltung bitten, Gespräche mit dem Kreis und dem Land über eine Trägerschaft dieser Straße aufzunehmen. Wir sind uns natürlich bewusst, dass sich eine Realisierung nicht kurzfristig erreichen lässt.

Baugebiet Kempener Westen

Die CDU-Fraktion legt Wert darauf, dass eine Bebauung trotz großflächiger Flächennutzungsplanung in **kleinteiligen** Bauabschnitten erfolgt.

Um keine weitere Zeit zu verlieren, haben wir beantragt, die wesentlichen Eckpunkte einer Bauleitplanung kurzfristig festzulegen und darauf aufbauend den Bebauungsplan aufzustellen. Die wesentlichen Eckpunkte sind aus unserer Sicht eine Durchmischung der Bauformen, d.h. je $\frac{1}{4}$ der Wohneinheiten als Einfamilienhäuser, Doppelhäuser und Reihenhäuser sowie $\frac{1}{4}$ der Wohneinheiten in Geschosswohnungen.

Bei grob geschätzten 400 Wohneinheiten in einem ersten Bauabschnitt sollten daher mindestens 100 Wohnungen auf den Geschossbau entfallen.

Die Höhe der Geschosse sollte auf 3 zzgl. Dachgeschoss begrenzt werden.

Unser Ziel bleibt, einen hohen Anteil der Wohnungen im preisgedämpften und/oder sozial geförderten Bereich zu schaffen.

Die CDU hat bereits Gespräche mit dem Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft des Kreises geführt. Wir wissen, dass ein Engagement der Wohnungsbaugesellschaft in Kempen in einem Bereich von rund 200 Wohnungen oder mehr – möglichst gleichmäßig verteilt über alle künftigen Baugebiete- nicht unrealistisch ist.

Wir haben die Verwaltung gebeten, bereits jetzt Kontakt zur Wohnungsbaugesellschaft aufzunehmen, um einen Baubeginn unmittelbar nach Abschluss der Planungsverfahren und Erschließung sicherzustellen.

Die CDU-Fraktion ist sich mit der Verwaltung einig, dass in der Weiterentwicklung von Bauflächen für den Wohnungsbau kein Stillstand eintreten darf.

Baugebiet St. Hubert

Die CDU bedauert, dass eine künftige Weiterentwicklung des Baugebiets in St. Hubert „An der Mühle“ an dieser Stelle trotz Berücksichtigung in der Regionalplanung nicht möglich sein wird, da es offensichtlich keine Verkaufsbereitschaft seitens der Grundbesitzeigentümer gibt.

Die CDU will daher von der angedachten zukünftigen Weiterentwicklung des Baugebiets an dieser Stelle Abstand nehmen und stattdessen das letzte neue Baugebiet „Im Burgfeld“ entlang der Bellstraße hin erweitern. In Gesprächen mit der Bezirksregierung soll ein Tausch der Siedlungsflächen in der Regionalplanung verhandelt werden.

Gestaltung der Wohngebiete, insb. der Neubaugebiete

Wir halten grundsätzlich an Gestaltungsvorgaben durch bindende Satzungen fest, wollen aber, dass den Eigentümern in einem vorgegebenen Rahmen individuelle Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Mit Sorge stellen wir allerdings fest, dass zunehmend mehr Vorgärten „zubetoniert“ werden. Eine Versiegelung der Vorgärten ist in Gestaltungssatzungen zu untersagen.

Wir werden die Verwaltung bitten, verstärkt Kontrollen vorzunehmen.

Standort Altenheim

Offensichtlich plant die Stiftung als Träger unserer Altenheime anstelle des Altenheims „von Broichhausen Stift“ am Heyerdrink einen Neubau im künftigen Baugebiet „Kempener Westen“ am Schmeddersweg.

Die CDU-Fraktion bittet den Träger, von diesen Planungen Abstand zu nehmen, da der Standort am Schmeddersweg aus unserer Sicht denkbar ungeeignet erscheint.

Ein Neubau eines Altenheims in einem vorgezogenen Verfahren würde dazu führen, dass die Bewohner über mehrere Jahre inmitten einer Großbaustelle leben müssten und dem Lärm durch Bau- und Erschließungsarbeiten ausgesetzt sind. Ein Verlassen des Hauses und kurze Spaziergänge in die Umgebung werden auf Jahre erschwert, wenn nicht gar ausgeschlossen sein. Darüber hinaus lädt die dortige Infrastruktur kaum zu Spaziergängen ein.

Die CDU hat nach Alternativstandorten für ein Altenheim gesucht.

Nach intensiver Beratung ist die CDU-Fraktion zum Ergebnis gekommen, dass Standorte für ein Altenheim an der Vorster Straße auf einer Teilfläche des „East-Cambridgeshire-Parks“ und im jetzigen Gelände der Kleingartenanlage am „Steinpfad“ geeignet erscheinen und vertretbar sind.

East-Cambridgeshire-Park

Für die Errichtung eines Altenheims ist nur ein geringer Anteil der unmittelbar an der Vorster Straße angrenzenden Grünfläche erforderlich. Einen Eingriff in eine innerstädtische Grünanlage halten wir an dieser Stelle aufgrund der geringen Größe der benötigten Fläche und der Nutzung für soziale Zwecke für vertretbar.

Die CDU-Fraktion hat daher den Antrag gestellt, kurzfristig eine Flächennutzungsplanänderung gleichzeitig mit einer Bebauungsplanung für diesen Bereich zu beschließen.

Steinpfad

Aufgrund der bereits angeordneten Veränderungssperre ist eine Überplanung der derzeit als Kleingartenanlage genutzten Fläche notwendig.

Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass eine verdichtete Bebauung an dieser sensiblen Stelle nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden darf. Grundsätzlich sollte diese Fläche als innerstädtische Grün- oder/und Gartenfläche in privater oder öffentlicher Trägerschaft erhalten bleiben. Dennoch sollte dieser Bereich auch Raum in einem untergeordnetem Verhältnis schaffen, um Gebäude für soziale Zwecke errichten zu können.

Wir können uns durchaus vorstellen, dass eine Teilfläche als Standort für ein Altenheim genutzt werden kann, ggf. könnte in einem weiteren Schritt diese Nutzung für andere soziale Zwecke erweitert werden (Kindergarten, betreutes Wohnen).

Die Verhältnismäßigkeit muss aber stimmig bleiben, der Charakter einer Grün- oder Gartenanlage soll nicht verloren gehen.

Die CDU-Fraktion hat daher eine Prüfung beantragt, ob eine partielle Bebauung der Fläche für soziale Zwecke möglich ist und bejahendenfalls gebeten, auch an dieser Stelle eine Flächennutzungsplanänderung, die eine Bebauung für soziale Zwecke (Altenheim, Kindergarten o.ä.) vorsieht, auf den Weg zu bringen.

Energetische Versorgung jetziger und künftiger Baugebiete

Wir unterstützen eine begleitende energetische Planung der Neubaugebiete durch unsere Stadtwerke. Die Versorgung mit Fernwärme hat sich bewährt. Wir wissen, dass unsere Stadtwerke deutschlandweit drittgünstigster Anbieter von Fernwärme sind.

Auf unsere Bitte haben die Geschäftsführer der Stadtwerke die Planung eines „Solarthermie-Feldes“ vorgestellt. Über den Betrieb einer solchen Anlage könnten 15% - 30% des benötigten Fernwärmeabsatzes gedeckt werden.

Die CDU-Fraktion begrüßt und unterstützt diese Maßnahme, da damit ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird. Zudem steigt die Selbstversorgungsquote der Stadtwerke und damit die Unabhängigkeit deutlich an.

Uns ist natürlich bewusst, dass die Errichtung dieser Anlage eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung guter Ackerböden einschränken wird, andererseits werden diese Flächen aber nicht versiegelt, durch Begrünung und Wildblumen schaffen wir neue Räume für Insekten und Bienen.

Sanierung der Schulen

Die CDU-Fraktion hat in den Klausurberatungen noch einmal den Grundsatz unterstrichen, dass eine Sanierung der Schulgebäude Vorrang vor einem Abriss und Neubauten habe, wenn die Kosten dies rechtfertigen.

Die für den 25.03.2019 angekündigten Auswertungen der Gebäudebegutachtungen bleiben abzuwarten und mit dem Raumbedarfsplan abzugleichen.

Unser Ziel ist es, sodann sehr zeitnah einen konkreten Ablaufplan der anstehenden Bau- und Sanierungsarbeiten zu erstellen.

Da die Hauptschule im Sommer freigezogen wird, sollte die Sanierung dieses Gebäudes unmittelbar danach in Angriff genommen werden, um Räume für die Gesamtschule zu schaffen und den Aufenthalt in der Interimslösung an der Berliner Allee zu verkürzen.

Elternbeiträge für KiTa und OGS-Betreuung

Die CDU hält an der kleinstufigen Beitragstabelle für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und den OGS mit linear ansteigenden Stufen grundsätzlich fest. Dies gilt insbesondere für die Einkommensstufen in 5000 €-Schritten wie auch die Höchststufe ab einem Einkommen von über 125.000 €. Die vielen Stufen haben sich bewährt, sind ausgewogen und orientieren sich an der Leistungsfähigkeit der zahlungspflichtigen Eltern.

Die CDU will allerdings eine höhere Entlastung in den unteren Einkommensstufen.

Die jetzige Tabelle sieht in der Stufe 0 eine Beitragsfreiheit bei einem Jahreseinkommen von bis zu 20.000 € vor.

Wir setzen uns für eine deutliche Anhebung des beitragsfreien Jahreseinkommens ein. Ein Ausgleich durch Erhöhungen der Beiträge in den mittleren und höheren Einkommensstufen wird nicht stattfinden. Ebenso wird es mit uns keine noch höheren Einkommensstufen geben.

Einen konkreten Antrag zu einer höheren Beitragsfreiheit werden wir der Verwaltung in Kürze vorlegen.

Jugendamt Kempen

Die außerordentlich angespannte Personalsituation im Jugendamt bereitet uns Sorge. Dies gilt insbesondere für die seit langer Zeit nicht besetzten Leitungsfunktionen.

Die CDU hat kein Verständnis, dass die Ausschreibung der Amtsleiter-Stelle erst mehrere Monate nach Ausscheiden der bisherigen Amtsleiterin vom zuständigen Dezernenten veranlasst wurde und ein Bewerberfeld aufgrund eines zu hohen Anforderungsprofils von vorn herein deutlich einschränkt wurde.

Die CDU erwartet eine umgehende erneute Ausschreibung und ein zügiges Besetzungsverfahren.

Künftige Nutzung Burg

Die CDU unterstützt die von Bürgermeister Rübo angeregte teilöffentliche Nutzung der Burg, die im Erdgeschoss einen gastronomischen Betrieb und die Unterbringung des Standesamts nebst Trauzimmer sowie im 1. Obergeschoss Räume der VHS vorsieht. Im 2. Obergeschoss sind aus unserer Sicht Begegnungs- und Versammlungsräume denkbar.

Obwohl das Archiv erst im Jahr 2021 ausziehen wird, legen wir Wert darauf, dass eine Nutzungsplanung bereits jetzt in Angriff genommen wird. Dazu sind aus unserer Sicht eine fachliche Bewertung zum Bedarf, Inhalt und Umfang einer Gastronomie sowie eine verlässliche Kostenermittlung in Auftrag zu geben.

Durch den frühzeitigen Einstieg in Planungen wollen wir einen zu langen Leerstand der Burg nach Auszug des Archivs verhindern.

Die CDU möchte, dass die Bürgerschaft in die Planungen einbezogen wird und umsetzbare Wünsche und Bedarfe in den Planungen berücksichtigt werden.

In Abstimmung mit dem CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Philipp Kraft wird die CDU Kempen eine Arbeitsgruppe bilden, die Kontakte zu den Bürgern aufnehmen und demnächst einen konkretisierten Planungsvorschlag vorlegen wird.

Frühere Johannes-Hubertus-Schule

Die CDU hat in ihrer Klausurtagung noch einmal bekräftigt, dass Kurse und Migrationsarbeit der ehrenamtlichen Kräfte fortgeführt werden müssen. Wir begrüßen nochmals, dass dafür Räume im Neubau der Schule hergerichtet und zur Verfügung gestellt werden.

In Abstimmung mit dem CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Philipp Kraft wird auch für die frühere Johannes-Hubertus-Schule eine Arbeitsgruppe gebildet, die Kontakte zur Bürgerschaft in St. Hubert, insbesondere zu den Vereinen und Verbänden aufnehmen und tatsächliche Bedarfe ermitteln wird.

Die CDU wird anschließend einen konkreten, am Bedarf orientierten Nutzungsvorschlag vorlegen und eine konkrete Planung und Kostenermittlung beantragen.

Kempen, 19.03.2019

Wilfried Bogedain
CDU-Fraktionsvorsitzender